Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,36 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 24. Januar 1929 — Nummer 20

Gesteigerter Lebensmittelwucher

Erhöhung der Brot- und Fleischzölle

Alarmierende Ankündigungen im Preußischen Landtag — Die SPD für die Hungerpläne

Während die Koalitionsregierung des Reiches eine neue gewaltige Belastung der arbeitenden Massen durch die Einführung neuer Steuern ankündet, verkündete gestern im Preußischen Landtag der Zentrumsminister Steiger die Erhöhung der Lebensmittelpreise. Zur Beratung stand die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats. Die Kommunisten hierzu:

Für die Landarbeiter: Einführung des Achtstundentages mit der Bestimmung, daß die Gesamtarbeitszeit 2400 Stunden im Jahre nicht überschreiten darf. Aufhebung des Zwangswohnungssystems. Entlohnung der Landarbeiter mindestens zum Durchschnittslohn der Industriearbeiter im gleichen Wirtschaftsgebiet. Striktes Verbot für die landwirtschaftlichen Unternehmer, Frauen der Landarbeiter zur Arbeit zu zwingen oder zu verpflichten. Verbot der Kinderarbeit. Mindestens einen Tag Urlaub pro Monat Beschäftigungsdauer. Sicherung des unbeschränkten Koalitionsrechts und der Durchführung der Wahlen von Gutsräten. Aufhebung der Anweisung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, den Arbeitslosen, die sich nicht als Lohndrücker auf das Land vermitteln lassen wollen, die Unterstützung zu entziehen u. a. m.

Für die werktätigen Bauern fordern unsere Genossen: Umschuldung der Roggenhypotheken und Goldbankbriefe in Goldhypotheken zum tatsächlichen Auszahlungswert und zu einem Zinssatz von nicht mehr als 4 Prozent. Verbot von Pfändungen und Zwangsversteigerungen aus Anlaß rückständiger Zinsen bei kleinbäuerlichen Roggen- und Goldpfandbriefschuldnern. Aufhebung der Rentenbankschuld für alle bäuerlichen Familienbetriebe. Bereitstellung von billigen Krediten für die Beschaffung von Düngemitteln, Saatgut usw.

Für die in schwerer Notlage sich befindenden kleinen Winzer beantragte die KPD-Fraktion, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die rückzahlbar werdenden Reichs-Winzerkredite, soweit sie kleinen Winzerbetrieben gegeben wurden, niedergeschlagen werden.

Zum Etat selbst bringt die Fraktion zahlreiche weitere Anträge ein, die die kommunistischen Redner begründen werden.

Die Beratung des Landwirtschaftsetats wurde durch eine große Rede des zentrümlichen Großagrarierministers Dr. Steiger eingeleitet. Die Hauptsorge dieses Koalitionsgenossen der SPD ist nicht etwa die, wie den notleidenden Bevölkerungsmassen die Lebenshaltung verbilligt werden kann, sondern, wie die Rentabilität der großagrarischen Wirtschaften (soll heißen: Sicherung von hohen Profiten der Großagrarier) durch Steigerung der Preise für Brot, Fleisch, Milch und alle anderen Agrarprodukte herbeigeführt werden kann. Die wesentlichste Frage sei, wie die Preise für Brotgetreide auf die erforderliche Höhe zu bringen seien und stabil erhalten werden könnten. Der jetzige Preisstand sei unzulänglich. Durch Zölle allein oder durch Schaffung eines Getreide-Einfuhr-Monopols sei eine Steigerung der Brotgetreidepreise auf eine den „Nachkriegsverhältnissen angepaßte Höhe" nicht zu erreichen. Die Regierung werde dagegen der Vorschußung der Ernte und damit der Verringerung des Angebots (durch Erntekredite an die großagrarischen Brotwucherer) die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Außerdem werde das auf der Bankiertagung in Köln vorgeschlagene System der Lagerscheine eifrig geprüft. Die Regierung habe die Hoffnung, daß sich die deutsche Landwirtschaft (sprich: die Großagrarier) schon bei der nächsten Ernte bezüglich der Getreidepreise in einer besseren Position befinden.

Auch bezüglich der Preisbildung in der Viehwirtschaft halte die Regierung Maßnahmen erforderlich. Die Fleischversorgung sei günstiger als vor dem Kriege. Damals sei der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung etwas über 50 Kilogramm gewesen, im Jahre 1927 aber 51,7 Kilogramm. Also könnten die Preise erhöht werden. Durch Befolgung seines (des Landwirtschaftsministers) Vorschlages, Schweine aufzukaufen, einzulagern, zu Konserven zu verarbeiten und später zu verkaufen, sei eine Erhöhung der Schweinefleischpreise erreicht worden, die die Schweinezucht rentabel gemacht habe. Aber die Preise für Rindvieh genügten noch nicht. Deshalb müsse der Lebendzoll für Rindvieh dem Zoll für Rindfleisch in der Weise angepaßt werden, daß der gegenwärtige Zollsatz von 16 auf 22 RM je Doppelzentner erhöht wird. Ebenso müsse bei Schweinen der Zoll von 16 auf 26 RM pro Doppelzentner erhöht werden.

Die Regierungsparteien, einschließlich der SPD, quittierten diese Wucherpläne mit frenetischem Beifall.

Heilmann von der SPD unterstrich die Wucherpläne des Ministers voll und ganz. Steuerung der Not der Landwirtschaft sei selbstverständlich. Bessere Kreditversorgung sei nötig. Zweckmäßig sei die Verbesserung der Erntefinanzierung. Deshalb begrüßte er den Aufkauf des Scheuerkonzerns durch die Preußenkasse, der bekanntlich zu einem ungeheuren Ueberpreis erfolgte. Deutschland verkaufe sein Getreide viel zu billig, er bleibe dabei, daß auf dem Gebiete der Einfuhr nur die Monopolisierung der Getreideeinfuhr helfe.

Diese im Preußischen Landtag angekündeten Erhöhungen der Brot- und Fleischzölle bedeuten einen neuen Wucherangriff auf die arbeitenden Massen. Die Haltung der Sozialdemokraten dazu war die gleiche, wie die der Deutschnationalen. Diese vertraten nach Heilmann dieselbe Stellung wie dieser. Die Ankündigung der aus der Erhöhung der Lebensmittelpreise sich ergebenden weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse hat aber nicht nur Bedeutung für Preußen, sondern gilt für das ganze Reich. Deshalb muß auch die sächsische Arbeiterschaft schnellstens zu diesem angekündigten Wucherangriff Stellung nehmen und die entschiedenste Gegenwehr vorbereiten.

13000 Textilarbeiter ausgesperrt

Die Unternehmer drohen mit Gesamtaussperrung

Ausdehnung der Streikbewegung

Greiz, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Heute nach Arbeitsschluß wurde die Aussperrung der Textilarbeiter auch auf Greiz ausgedehnt, wo sämtliche Verbandsbetriebe stillgelegt worden sind. Die Textilarbeiter sind jetzt in Gera, Meerane, Glauchau und Greiz ausgesperrt. Da der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien 181 Betriebe umfaßt und vom Streik bzw. der Aussperrung 74 Betriebe in Gera, Meerane, Glauchau, Greiz, Elsterberg und Reichenbach i. V. betroffen sind, befindet sich von den im Verbandsgebiet beschäftigten 25 000 Arbeitern nunmehr die Hälfte, also etwa 13 000 Arbeiter, im Kampf.

*

Der Unternehmerverband der sächsisch-thüringischen Webereien schreibt zur Streiklage u. a.: „Der Streik in 74 der größten sächsisch-thüringischen Webereibetriebe dauert unverändert an. Die Unternehmerschaft muß, nachdem der Streik in Gera, Meerane und Glauchau schon über eine Woche andauert, ihre Gegenmaßnahmen erweitern. Nachdem die Schließung der nichtstreikenden Betriebe in Gera, Meerane und Glauchau zu keiner Aenderung der Haltung der Streikenden geführt hat, wurden am Mittwoch auch die noch nichtstreikenden Betriebe in Greiz geschlossen. Sollte auch diese Maßnahme wirkungslos bleiben, so muß am Freitag, dem 25. Januar, mit Arbeitschluß die Schließung aller sächsisch-thüringischen Webereien erfolgen.

Streik auch in Zwickau

Zwickau, 24. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern sind sämtliche Akkordarbeiter der Gardinen- und Spitzenfabrik Landmann u. Helbig, Zwickau, in den Streik getreten. Der Kampf wurde dadurch ausgelöst, daß die Stücklohnarbeiter durch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht einen Pfennig Lohnerhöhung erhielten. Die Arbeiter sind fest entschlossen, das Hungerdiktat Wissells zu brechen.

In der Spitzfabrik Güldner, Zwickau, sind die Akkordarbeiter gleichfalls in den Streik getreten.

Streik in Großröhrsdorf

Am 21. Januar traten die Akkordarbeiter von Brückner u. Unger in den Streik. In einer vorausgegangenen Betriebsversammlung wurde dem Inhaber der Firma, Hille, ein Ultimatum gestellt, nachdem er sich bereitzuerklären hat, den Schiedsspruch anzuerkennen und 5 Prozent Lohnerhöhung allen Beschäftigten zu zahlen. Der Buchhalter der Firma, der früher selbst ein Proletarier gewesen ist, äußerte „Wenn ihr Lust habt zu streiken, dann streikt. Wir zahlen nicht." Am Dienstag früh wurden die Lohnarbeiter ausgesperrt.

Aus anderen Betrieben von Großröhrsdorf liegen noch keine Meldungen vor.

Abschluß der Lohnbewegung in der Zigarettenindustrie

Gestern abend fand in Dresden eine von den an der Lohnbewegung der Zigarettenarbeiter beteiligten Verbände einberufene Funktionärversammlung statt. Der Vorsitzende Domeyer vom Tabakarbeiterverband erstattete Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Dabei ist es zum Abschluß einer Tarifvereinbarung gekommen, die bis zum März 1930 Gültigkeit haben soll. Die Lohnregelung sieht weitere Differenzierung der Arbeitergruppen vor. Die eingetretene Lohnerhöhung entspricht keineswegs den eingereichten Forderungen. Bei der Abstimmung ergaben sich 83 für Annahme und 42 für Ablehnung der getroffenen Vereinbarung.

Gummiknüppel, blanke Waffe und berittene Attacken gegen Erwerbslose

Wie uns aus Halle berichtet wird, kam es am Montag abend zwischen den demonstrierenden Erwerbslosen und der Polizei zu scharfen Zusammenstößen. Die Arbeitslosen hatten eine Delegation nach dem Stadthaus entsandt, die ihre Forderungen vor dem Stadtparlament vertreten sollte. Auf dem Marktplatz hatten sich viele Tausende versammelt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Rufe erschallten: „Wir fordern Brot und Arbeit!" Im Nu hatten die vor Angst zitternden Stadtväter die Polizei alarmiert, die in Massen gegen die Arbeitslosen auf dem Marktplatz vorrückte. Die Polizei ging unter Gebrauch der Gummiknüppel zu systematischen Attacken gegen die Demonstranten vor. Mit rücksichtsloser Brutalität hieb die Polizei auf die Erwerbslosen ein, und eine Anzahl berittener Ordnungshüter sprengte sogar die Bürgersteige entlang, wobei auch unbeteiligte Passanten, vor allem vorübergehende Frauen und Kinder, in höchste Gefahr gerieten.

Im Stadtparlament lehnte mittlerweile die sozialdemokratisch-deutschnationale Einheitsfront den Antrag der kommunisti-

Englands Kriegstreibereien

Einkreisung der Sowjetunion / Offene Kriegsprovokationen / Abbruch der japanisch-russischen Beziehungen / Tendenz-Meldungen über russische Waffensendungen nach Afghanistan

Die Tel-Union meldet aus Tokio, daß die japanische Regierung den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion vorbereite. Als Grund hierzu soll die kommunistische Propaganda im fernen Osten angeführt werden. Weiter wird mitgeteilt, daß der Verband der japanischen Fischereiindustriellen sich dem Weltverband der russischen Gläubiger angeschlossen habe. Der Ministerpräsident Tanaka habe dem Sowjetbotschafter mitgeteilt, daß Japan die Aufnahme der Verhandlungen über einen Garantievertrag mit der Sowjetunion ablehne.

Des weiteren wird gemeldet, daß Habib Ullah, der neue König von Afghanistan, ebenfalls die Beziehungen zu Sowjetrußland abgebrochen habe, aber bereit sei, die Selbständigkeit Afghanistans aufzugeben und das englische Protektorat anzuerkennen.

*

Die Meldungen zeigen deutlich die Bestrebungen Englands zur Einkreisung der Sowjetregierung, zur schnellen Auslösung des Krieges gegen diese. Die größte Bedeutung liegt darin, daß diese Maßnahmen Englands eine Ergänzung des vor einiger Zeit abgeschlossenen englisch-französischen Bündnisses sind.

Die Vorgänge in Afghanistan zeigen auch hier die Hand Englands. Der Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion bestätigt, daß die Vorgänge in Afghanistan auf englischen Einfluß zurückzuführen sind. Aus der Tendenz des Angriffes auf die Arbeiter- und Bauernrepublik ist wohl auch die Meldung zurückzuführen, die die englische Agentur aus Peschawar meldet. Nach dieser sollen Karawanen aus Russisch-Turkestan mit modernem Kriegsmaterial nach Afghanistan unterwegs sein. Die Absicht der Hetze gegen Sowjetrußland tritt klar zutage. Die Arbeiterschaft muß diese gesamten Vorgänge mit ernster Aufmerksamkeit verfolgen, zeigen sie doch an, wie nahe ein neuer Krieg ist, wie die Imperialisten das Feuer schüren, in das die Arbeiter der ganzen Welt einbezogen werden. Die Aufrüstungen des deutschen Imperialismus, die eifrige Propaganda der Wehrhaftigkeit durch die deutsche Sozialdemokratie liegen in der gleichen Linie.

Aufgabe der kommunistischen Arbeiter ist es, die gesamte Arbeiterschaft auf die aufrollende Kriegsgefahr hinzuweisen und die Ab- und Gegenwehr zu organisieren.

Ueber die Lage in Afghanistan wird von der gleichen englischen Agentur aus Peschawar gemeldet, daß die einflußreichsten und mächtigsten Stämme in Afghanistan die Ghilsais, sich für Aman Ullah ausgesprochen haben und von ihren Handelsreisen unter die Fahnen Aman Ullahs eilen. Während der Zeit des Kampfes um Kabul konnten sie Aman Ullah nicht unterstützen, da sie, ebenso wie der Stamm der Durani und andere Stämme westlich von Kabul, sich gerade zu dieser Zeit auf langen Karawanen befanden. Als sie von der Niederlage Aman Ullahs hörten, bereiteten sie sofort ihre Rückreise vor. Aman Ullah soll bereits eine Armee von 7000 Mann zur Verfügung haben.

Die Berliner afghanische Gesandtschaft teilt mit, daß Aman Ullah jetzt seine Abdankung offiziell widerrufen hat, und daß zahlreiche Gouverneure der Provinzen ihm ihre Treue und Anhänglichkeit beteuert haben. In Kandahar werden unter persönlicher Leitung Aman Ullahs mit allem Eifer Vorbereitungen zur Wiedereroberung Kabuls getroffen.